



Krankenhäuser sitzen in der Kostenfalle

Steigende Energiepreise machen Kliniken zu schaffen – Pandemie wirkt sich immer noch aus – Inflationsausgleich gefordert

Von Martina Henrich-Kleyer

■ **Kreis Neuwied.** Nach zweieinhalb Jahren Pandemie und erheblichen Personalproblemen werden die Krankenhäuser jetzt auch noch durch die steigenden Energie- und Sachkosten hart getroffen. Auch die Verantwortlichen der Krankenhäuser im Kreis Neuwied sehen die medizinischen Einrichtungen in der Kostenfalle sitzen.

Bundesweit klagen die Kliniken über den Kostendruck und rufen nach Unterstützung. Im Rahmen der Kampagne „Alarmstufe Rot – Krankenhäuser in Gefahr“ macht der Verein Krankenhausesellschaft Rheinland-Pfalz (KGRP) auf die prekäre wirtschaftliche Lage vieler Krankenhäuser vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie und Inflation aufmerksam: „Viele Kliniken geraten zunehmend in wirtschaftliche Schwierigkeiten, denn sie können die gestiegenen Preise im bestehenden Finanzierungssystem nicht an die Krankenkassen weitergeben.“ Die KGRP fordert daher gemeinsam mit der Deutschen Krankenhausesellschaft einen sofortigen Inflationsausgleich. Hohe Preise, Energiekrise und mögliche neue Corona-Wellen werden die Krankenhäuser in bisher unvorstellbarem Ausmaß herausfordern und – ohne ein sofortiges Eingreifen der Politik – vor unlösbare Probleme stellen, heißt es.

Vor diesem Hintergrund hat sich unsere Zeitung bei den fünf Krankenhäusern im Kreis umgehört. „Als Ausgangslage des Bestandsrisikos von Kliniken sind immer noch die geschlossenen Betten, bedingt durch die Pandemie und dadurch ausfallende Mitarbeiter, zu nennen. Dadurch werden allein 8 Prozent der Kosten nicht gedeckt, da die Krankenhausfinanzierung weiterhin komplett variabel gehalten wird“, erklärt **Guido Werner**,

Geschäftsführer des Evangelischen Krankenhauses Dierdorf/Selters, und fährt fort: „Die aktuellen Kostenexplosionen stellen die Kliniken vor weitere zusätzliche Herausforderungen. Dabei macht die Energieteuerung 2022 nur knapp 1 Prozent aus, die Teuerung anderer Sachmittel wie Medizinprodukte rund 1,6 Prozent des Haushaltes.“

Auch **Thomas Werner, Geschäftsführer des Verbundkrankenhauses Linz-Remagen**, weist darauf hin, dass die Folgen der Pandemie nach wie vor spürbar sind, „da die Fallzahlen noch nicht das Niveau vor der Pandemie erreicht haben“. Zudem behandelt das Krankenhaus auch heute noch jeden Tag zwischen sechs und zehn Corona-Patienten, sagt er. Die Versorgungspauschalen für den Mehraufwand dieser Patienten seien seitens der Politik jedoch ersatzlos gestrichen worden. „Die Kosten für Gas und Strom sind in den ersten sieben Monaten von 450 000 Euro im Jahr 2021 auf 1,2 Millionen Euro in diesem Jahr gestiegen“, berichtet Werner. Die Kostensteigerung bei den Sachkosten (Waren und Dienstleistungen) liege bei rund 20 Prozent.

Die **DRK-Kamillus-Klinik Asbach** verzeichnet seit Beginn des Jahres einen rasanten Anstieg der Inflation bei den Sachkosten von durchschnittlich etwa 15 bis 17 Prozent:

Experten: Entwicklung kann sich 2023 noch deutlich verschärfen

Dr. Hartmut Münzel, Vorstandsvorsitzender der Krankenhausesellschaft Rheinland-Pfalz, hat in Mainz klargemacht, dass die Krankenhäuser vom Bund ein sofortiges Handeln erwarten. Vielen Kliniken sei eine Rückkehr

zur Normalität und damit eine Regelversorgung der Patienten mit notwendigen stationären Leistungen nach wie vor nur schwer möglich. Folgen seien Erlösausfälle, die neben den Kostensteigerungen zu einer Ver-

schärfung der wirtschaftlichen Situation führen. Experten zufolge wird sich diese Entwicklung auch im kommenden Jahr weiter fortsetzen, wenn nicht sogar deutlich verschärfen. Die im Herbst anstehenden Wirt-

schaftsplanungen der Krankenhäuser für 2023 würden ohne die notwendige Gegenfinanzierung den Abbau von Versorgungsangeboten beinhalten müssen, um Personal- und Sachkosten zu sparen. *red*

„Die genannten Steigerungen sind in den zu erwartenden Planerlösen für unser Haus nicht eingepreist. Grund dafür ist die Finanzierungsgrundlage der Krankenhäuser. Eine kurzfristige Weitergabe der gestiegenen Kosten für die stationären Einrichtungen an die Kostenträger ist ausgeschlossen“, erklärt **Nicki Billig, kaufmännischer Direktor der Klinik**.

„Kostensteigerungen in den jüngsten Monaten können nicht wie bei Industrie, Handwerk oder Handel weitgereicht werden, da Krankenhäuser die Preise für Leistungen nicht eigenständig festlegen“, erläutert **Sarah Putzke, stellvertretende kaufmännische Direktorin des Marienhaus-Klini-**



Angesichts der Kostenexplosion in Kliniken ist guter Rat teuer.

Foto: Rolf Vennenbernd/dpa

kums Bendorf – Neuwied – Waldbreitbach, und nennt Zahlen für die gesamte Marienhaus-Gruppe: „Ganz real verzeichnet das Unternehmen im Jahr 2022 einen Preisanstieg bei Baukosten von mehr als 10 Prozent. Parallel dazu steigen die Finanzierungskosten für Investitionen. Die Gasumlage wird die Marienhaus-Gruppe mit über 3 Millionen Euro belasten, bei Lebensmitteln stiegen die Kosten seit März 2022 um rund 20 Prozent.“ Für die Wäscheversorgung rechnet die Gruppe in 2023 mit etwa 35 Prozent höheren Kosten. „Durch das komplexe System der Krankenhausvergütung lassen sich kurzfristige Anpassungen nicht umsetzen, und es dauert durchschnittlich etwa zwei Jahre, bis die Erlöse die tatsächlichen Kosten berücksichtigen“, schreibt Putzke die Problemlage.

Auf diese Zwickmühle weisen alle Verantwortlichen der Kliniken hin. Auch der **kaufmännische Direktor des DRK-Krankenhauses Neuwied, Bernd Löser**, schließt sich aus den von seinen Kollegen genannten Gründen der Forderung der KGRP an, der Bund solle für einen kurzfristigen Energie- und Inflationsausgleich sorgen.

Davon abgesehen würden alle Häuser prüfen, wo sie sparen können. „Unsere Möglichkeiten, durch Einsparungen die Kosten zu reduzieren, sind sehr eingeschränkt.

Wir müssen immer das Patientenwohl und die Hygienevorschriften beachten“, macht Sarah Putzke auf die Erfordernisse aufmerksam. „So können wir nur in den allgemeinen Bereichen wie Eingang, Foyer, Nebenräumen oder Kantine die Temperaturen etwas spürbarer drosseln oder im Bereich der Gästetoiletten auf Warmwasser verzichten. Aber bettlägerigen Patienten zu sagen, sich eine Strickjacke anzuziehen, Patienten mit kaltem Wasser zu waschen oder Bettwäsche signifikant weniger oft zu wechseln, wird kaum zumutbar sein.“

Das DRK-Krankenhaus Neuwied prüft Einsparungspotenziale im Bereich der Energieversorgung. „Als kurzfristige Sparmaßnahmen wurden Pumpen der Wärmeversorgung ausgeschaltet, die Anpassung der Regelung ist in Arbeit. Ebenso die Umrüstung von Beleuchtung aus LED und Bewegungsmeldern“, nennt Bernd Löser einige Beispiele.

Sarah Putzke macht auf einen weiteren Aspekt aufmerksam: Aufgrund des ohnehin knappen Finanzierungssystems und dem hohen Kostenanstieg müssen andere wichtige Anschaffungen und Investitionen hintenangestellt werden: „Daher würde uns eine finanzielle Unterstützung besonders entlasten. Langfristig begrüßen wir auch eine Unterstützung bei der Umsetzung von Projekten rund um erneuerbare Energien.“

„Wir sind zwingend darauf angewiesen, dass die politischen Rahmenbedingungen kurzfristig auf die vorherrschende wirtschaftliche Lage der Häuser angepasst wird“, appelliert Billig an die Politik. Und Thomas Werner befürchtet sogar, dass wenn „keine Ausgleiche erfolgen, es infolge eines Abbaus von Versorgungsangeboten Auswirkungen auf die Versorgung der Bevölkerung haben wird“.